



ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

magazin



**40 Jahre Tschernobyl,
15 Jahre Fukushima:
Erinnern heißt handeln**

Schwerpunkt Seite 6–15

Strahlenopfer

Hatten zwei Todesfälle in Gundremmingen mit Radioaktivität zu tun?

Seite 16/17

Klimafalle

Wie die Atomlobby das Klimaargument nutzt, um dem Klima zu schaden

Seite 18/19

Sabotagerisiko

Knickt die Bundesregierung vor Putins Atomprojekt ein?

Seite 21

Inhalt

Editorial

Anti-Atom-Meldungen

Erinnern heißt handeln

Einleitung | 40 Jahre nach Tschernobyl, 15 Jahre nach Fukushima und drei Jahre nach dem Abschalten der letzten AKW in Deutschland wird Atomkraft in Europa wieder als das nächste große Ding gehandelt. Haben wir aus den Katastrophen nichts gelernt?

„Als sei alles in bester Ordnung“

Porträt | Akiko Morimatsu, 52, flieht nach dem Super-GAU in Fukushima wie Ztausende mit ihren Kindern vor der Strahlung. Seitdem kämpft sie für die Rechte der Opfer der Atomkatastrophe

„Praktisch alle hatten Gesundheitsprobleme“

Interview | Kinderärztin Olena Melnyk aus Charkiw über die gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe auch außerhalb der Sperrzone und Strahlenschäden noch in dritter Generation

3 Die unterschlagenen Toten

Hintergrund | Hanebüchen niedrige

4 angebliche Opferzahlen der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima sollen die Harmlosigkeit der Atomkraft belegen. Eine Richtigstellung

Was wäre wenn

Hintergrund | Wenn es im AKW Leibstadt zu einem schweren Unfall kommt, ist Waldshut-Tiengen als erstes betroffen. Ein Gedankenspiel

8

Tod im Atomkraftwerk

Hintergrund | Vor 50 Jahren starben zwei Arbeiter im Atomkraftwerk Gundremmingen. Ein „ganz konventioneller Unfall“?

Wie Atomkraft dem Klimaschutz schadet

10

Fragen & Antworten | Atomkraft verschärft die Klimakrise, weil das Festhalten an der teuren Hochrisikotechnologie die erneuerbaren Energien und den nötigen Umbau der Energieversorgung ausbremsst. Ein paar Fakten

12 .ausgestrahlt-Shop

20

Poker um Putin

21

Analyse | Eine deutsche Atomfabrik will mit dem Kreml-Konzern Rosatom kooperieren. Die Politik traut sich seit vier Jahren nicht, die Genehmigung zu versagen. Was ist da los?

Rückblick

22

Atomrisiko abgeschaltet

24

Infografik | Das Abschalten von AKW in Deutschland und den Nachbarländern nach Fukushima hat das Atomrisiko drastisch reduziert. Gefahr droht vor allem noch von Süden und Westen

16

18

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll durchzusetzen.

Rund 3.500 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.

ausgestrahlt.de/magazin

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon

Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Jürgen Rieger, Karl Amannsberger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl, Susanne Stoll, Yu Kajikawa

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Veters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.200

V.i.S.d.P.: Armin Simon

.ausgestrahlt
Gemeinsam gegen Atomenergie

PDF dieses Magazins
mit verlinkten Quellen:
ausgestrahlt.de/mag66



.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Paypal: spenden@ausgestrahlt.de

Spenden sind steuerlich absetzbar



Anti-Atom-Demonstration in München, 2011

Ins Handeln kommen

Liebe Leser*in,

am Anfang war der Schock. Der rauchende Krater von Block 4 des AKW Tschernobyl. Der Super-GAU, der eine radioaktive Wolke über ganz Europa schickt. Der Fallout, der Milch, Gemüse, Spielplätze verstrahlt. Die Informationsblockade der Behörden.

Die anfängliche Ohnmacht weicht in vielen Fällen Aktion und Engagement. Hunderttausende protestieren gegen Atomkraft – und zwingen Regierungen und Industrie zum energiepolitischen Kurswechsel. Nach Tschernobyl geht in Deutschland (und in vielen anderen Ländern) kein Atomkraftwerk mehr in Bau. Die Atomindustrie cancelt die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Der rot-grüne „Atomkonsens“ von 2001 stellt die Weichen auf Atomausstieg – und schafft eine klare Entwicklungsperspektive für erneuerbare Energien: Der Druck der Anti-Atom-Bewegung für eine Energiewende setzt eine Lawine von weltweiter Wucht ins Rollen.

Aus Frustration über das behördliche Schweigen zur Strahlenbelastung von Milch und Gemüse bauen Atomkraftgegner*innen eigene Messkapazitäten

auf. Aus dem Entsetzen über die gesundheitlichen Folgen in der Ukraine und Belarus entstehen Hilfsnetzwerke und Initiativen, die zum Teil jahrzehntelange Unterstützungsbande knüpfen. Tausende „Tschernobyl-Kinder“ und andere Opfer der Atomkatastrophe profitieren von Erholungsaufenthalten in und medizinischer Hilfe aus Deutschland. Im Südschwarzwald beschließen Bürger*innen, die atomstromfreie Energieversorgung ihrer Gemeinde in die Hand zu nehmen, und lehren die Atomkonzerne das Fürchten.

2011, nach Fukushima, nimmt die schwarz-gelbe Regierung unter dem Eindruck massiver Anti-Atom-Proteste die kurz zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung für alle AKW in Deutschland wieder zurück. Acht von 17 Reaktoren müssen sofort vom Netz. Für die verbleibenden konkretisiert eine überwältigende Bundestagsmehrheit den Atomausstieg mit festen Abschaltdaten.

An die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima zu erinnern heißt auch, sich dieser Erfolge bewusst zu werden. Die Erneuerbaren sind zur weltweit günstigsten und am schnellsten verfügbaren Energiequelle geworden, sie

machen der Fossil- und Atomindustrie weltweit einen gewaltigen Strich durch die Rechnung. Und diese Lawine gewinnt noch immer Jahr für Jahr an Fahrt.

40 Jahre Tschernobyl und 15 Jahre Fukushima sind zugleich ein Anlass, an den Schrecken, das Leid und die Hunderttausenden Opfer der Atomkatastrophen zu erinnern. Viele, die heute von Atomkraft träumen, haben diese längst vergessen, verdrängt oder nie davon gehört. Wie damals geht es deswegen auch heute darum, ins Handeln zu kommen: So lange AKW laufen, wird es auch weitere Atomunfälle geben. Machen wir öffentlich, welchen Schaden Atomkraft verursacht! Eine gute Gelegenheit dazu sind die Mahnwachen, die es rund um die Jahrestage am 11. März und 26. April an vielen Orten geben wird. Hilf mit, ein Zeichen gegen Atomkraft zu setzen. Schnapp Deine Anti-Atom-Fahne und stell Dich dazu. Mach selbst den ersten Schritt und stell eine auf die Beine. Unterschreibe gegen EU-Subventionen für Atomkraft und sammle weitere Unterschriften. Mehr dazu auf Seite 7.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Gundremmingen



Biblis

Fotos: RWE AG

Großbatterien statt Kühltürme

600 Kilogramm Sprengstoff zerbröseln am 25. Oktober die beiden 160 Meter hohen Kühltürme der AKW Gundremmingen B und C. Im Dezember und Januar fallen auch die beiden letzten Kühltürme des AKW Biblis – weithin sichtbare Zeichen des Atomausstiegs. Im AKW Grafenrheinfeld wird Ende Januar der erste der vier großen Dampferzeuger ausgebaut, im AKW Isar 2 soll die Demontage im Sommer starten. Im AKW Emsland werden zentrale Rohre und der Reaktordeckel zerschnitten. In Gundremmingen beginnt RWE kurz nach der Kühlturmsprengung mit dem Bau des nach eigenen Angaben größten Batteriespeichers Deutschlands. Der von EnBW auf dem Gelände des AKW Philippsburg geplante soll noch etwas größer werden. PreussenElektra reklamiert für seine auf dem Gelände des AKW Brokdorf geplante, mehr als doppelt so große Mega-Batterie sogar den EU-Rekord.

Q: RWE, 25.10.2025; RWE 16.01.2026; PreussenElektra 22.01.2026; PreussenElektra, 18.11.2025; Handelsblatt, 28.08.2025; RWE, 29.10.2025; EnBW 30.07.2025; PreussenElektra, 2025

Spanisches Parlament bestätigt Abschaltdaten

Alle sieben spanischen Atomkraftwerke sollen, wie es Regierung, AKW-Betreiber und die staatliche Atommüllgesellschaft 2019 vereinbart haben, sukzessive zwischen 2027 und 2035 abgeschaltet werden. Ein Vorstoß der spanischen Christdemokraten (Partido Popular), die Abschaltdaten der ersten vier Reaktoren zu streichen, findet im November keine Mehrheit – allerdings mit 171:171 Stimmen bei Enthaltung der katalanischen Separatisten (Junts) denkbar knapp. Die Regierung kann damit an ihrem Plan festhalten, die Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen.

Q: Noticias Ambientales, 17.11.2025



Foto: JLGutierrez / istockphoto



Totes Pferd in saurem Sand

Foto: Oxford Cotswold Archaeology

Totes Pferd I

9,5 Milliarden Euro hat die britische Regierung bereits in das AKW-Projekt Sizewell C gesteckt, weitere 11 Milliarden Euro bis Ende des Jahrzehnts zugesagt – zusammen fast die Hälfte der auf mindestens 46 Milliarden Euro geschätzten Baukosten. Bekommen hat sie dafür bisher: ein totes Pferd. Das von Archäolog*innen entdeckte und vollständig aufgezäumte, mit Kupferschmuck verzierte Reittier aus dem sechsten oder siebten Jahrhundert gilt als Fund von nationaler Bedeutung. Es muss dem Bau einer Zufahrtsstraße zur AKW-Baustelle weichen.

Q: BBC, 12.01.2026; nordisch.info, 20.01.2026



Strompreis explodiert wegen AKW-Neubauten

Haushalte und Industrie der kanadischen Provinz Ontario müssen sich auf massiv steigende Strompreise einstellen. Grund ist der geplante Bau neuer Reaktoren im AKW Darlington und kostspielige Reparaturen und Nachrüstungen an den vier mehr als 40 Jahre alten Reaktoren des AKW Pickering. Die Kilowattstunde Atomstrom – noch ohne Netzgebühren, Abgaben und Steuern – verteurt sich im kommenden Jahr um satte 73 Prozent. Schon in diesem Jahr sind die Brutto-Strompreise um 29 Prozent gestiegen, auch das vor allem wegen höherer Atomausgaben. Solar-, Wind- und Speichertechnologien, kritisiert die Ontario Clean Air Alliance, ließen sich zu einem Bruchteil der Kosten ausbauen. Und weil das noch dazu deutlich schneller gehe, würde es auch Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermeiden.

*Q: cleanairalliance.org, 12.01.2026;
Canada's National Observer, 31.10.2025; Ontario Energy Board 17.10.2025*



Kostspielige Reparaturen der Uralt-Reaktoren des AKW Pickering treiben den Strompreis in Ontario hoch

Foto: Maf / Wikimedia



Foto: David François / Wikimedia

Somaïr-Mine in Arlit

Kolonialstreit um nigrisches Uran

Organisierten Diebstahl wirft der französische Atomkonzern Orano der nigrischen Militärregierung vor. Diese habe kein Recht, Uran aus der Somaïr-Mine auf eigene Faust zu vermarkten. Dies habe ein Schiedsgericht bestätigt. Die nigrische Regierung weist die Vorwürfe zurück. Sie hat dem Konzern nach dem Staatsstreich 2023 die Konzession für die Mine entzogen. Es sei eine Frage der nationalen Souveränität, dass Niger seine Rohstoffe selbst vermarkten dürfe. Halte sich Orano nicht an die nigrischen Gesetze, könnten weitere Konzessionen entzogen werden, droht sie.

Q: Junge Welt, 30.12.2025; Mugglehead, 23.01.2026

AKW-Betreiber fälscht Erdbebendaten

Wegen gefälschter Erdbebendaten stellt die japanische Atomaufsicht im Januar das Verfahren zur Sicherheitsbewertung und Wiederinbetriebnahme der Blöcke 3 und 4 des 200 Kilometer westlich von Tokio gelegenen AKW Hamaoka ein. Chubu Electric Power Company, der Betreiber der Reaktoren, hat eingeräumt, die Erdbebengefahr mit „absichtlich irreführenden Methoden“ heruntergespielt zu haben. Die japanische Anti-Atom-Organisation CNIC kritisiert, dass der Behörde die Täuschung erst nach dem Hinweis eines Whistleblowers auffiel.

*Q: AP, 07.01.2026;
CNIC, 08.01.2026; heise.de, 08.01.2026*



Grafik: Chubu Electric Power Company

Seismische Störungen rund um das AKW Hamaoka

Totes Pferd II

Engie Belgien, Betreiber der belgischen AKW Tihange und Doel, hat Forderungen des belgischen Energieministers nach einer Wiederinbetriebnahme des vor wenigen Monaten stillgelegten AKW Tihange 1 als „undenkbar“ zurückgewiesen. Man werde, wie mit der Regierung vereinbart, lediglich die Reaktoren Tihange 3 und Doel 4 noch bis 2035 betreiben. Die Zukunft gehöre erneuerbaren und flexiblen Energie-Technologien, sagte Engie-Chef Vincent Verbeke.

Q: BRF, 13.01.2026

Nähe zu AKW erhöht Krebsrisiko

In der Nähe eines AKW zu wohnen, erhöht das Risiko, an Krebs zu erkranken. Das konnten Forscher*innen der Universität Harvard anhand von Daten des Krebsregisters von Massachusetts aus den Jahren 2000 bis 2018 zeigen. Demnach ließen sich rund 20.000 Krebsfälle – 3,3 Prozent aller untersuchten Fälle – auf die Nähe zu AKW zurückführen. Das Erkrankungsrisiko nimmt der Studie zufolge mit der Entfernung ab und ist bis zu etwa 30 Kilometer um die AKW deutlich nachweisbar.

Q: Plymouth Independent, 23.12.2025



Foto: Thomas Kunz

Erinnern heißt handeln

Einleitung | 40 Jahre nach Tschernobyl, 15 Jahre nach Fukushima und drei Jahre nach dem Abschalten der letzten AKW in Deutschland wird Atomkraft in Europa wieder als das nächste große Ding gehandelt. Haben wir aus den Katastrophen nichts gelernt?

40 Jahre ist es her, dass die radioaktive Wolke des AKW-Unfalls von Tschernobyl über Europa zieht. Radioaktive Partikel gehen auch in Deutschland nieder – der Super-GAU wird für Hunderttausende Menschen zum Kristallisierungspunkt ihres Engagements gegen Atomkraft. 25 Jahre später bringen die Bilder der zerstörten Reaktoren in Fukushima die Diskussion erneut in deutsche Wohnzimmer – und bewegen selbst CDU, CSU und FDP, endlich den Weg für den Atomausstieg freizumachen. Fast drei Jahre ist das Abschalten der letzten AKW nun her. Doch noch immer ist das Atomthema nicht vom Tisch.

Mit Buzzwords wie „Small Modular Reactors“ (SMR), „Generation IV“, „Kernfusion“ und „Transmutation“ inszeniert sich die Atomindustrie als modern und zukunftsorientiert. Das grüne Mäntelchen, das sie der Atomkraft zusätzlich umhängt, ist ebenfalls gezielte PR: Es instrumentalisiert vermeintlichen Klimaschutz, um die Atomrisiken in den Hintergrund treten zu lassen, alles mit dem Ziel, finanzielle und politische Unterstützung für neue Atomprojekte zu gewinnen. Dahinter stehen auch Regierungen, EU-Institutionen, Rüstungsindustrie, Organisationen wie die IAEA und Nucleareurope sowie Start-ups, die Innovationskraft vorgaukeln. Mit immer neuen Meldungen über angebliche oder reale AKW-Pläne oder Atomprojekte erzeugen sie den Eindruck eines unausweichlichen Aufbruchs und treiben politische Entscheidungen an.

Dabei sind die als „neu“ verkauften Technologien kaum mehr als vollmundige Versprechen – konkret geplant und gebaut werden, wenn

überhaupt, fast ausschließlich herkömmliche AKW. Zupass kommt den Atom-Lobbyist*innen dabei, dass die Erinnerung an Tschernobyl und Fukushima zunehmend verblasst. Doch diese Katastrophen sind keine historischen Ausnahmen. Sie können sich jederzeit wiederholen. Durch neue Waffensysteme wie Drohnen und die geopolitische Instabilität haben sich die Atomrisiken eher vergrößert. Dennoch spielt die Atomlobby die Unfallgefahr herunter, verharmlost das ungeklärte Endlagerproblem und blendet die Frage der Weiterverbreitung von Atomwaffenmaterial aus. Wer darauf hinweist, wird gern als fortschrittsfeindlich oder weltfremd diskreditiert – obwohl gerade die vermeintliche Wiederkehr der Atomkraft eine gefährliche Illusion ist: Sie gibt vor, Probleme zu lösen, die sie in Wahrheit verschärft, lenkt von echten Lösungen ab und bremst die Energiewende.

Boden der Tatsachen

Hinter der behaupteten angeblichen „Renaissance der Atomkraft“ steckt vor allem Marketingkalkül: Eine Branche unter massivem Druck erzählt die Geschichte ihres angeblichen Comebacks, um politische Aufmerksamkeit und staatliche Fördergelder zu mobilisieren – Gelder, ohne die sie im Wettbewerb mit den Erneuerbaren chancenlos ist. Fakt ist: Der Anteil der Atomkraft sinkt, in der EU wie weltweit, die meisten AKW gehen auf das Ende ihrer Betriebsdauer zu, neue werden kaum gebaut. Neubauprojekte wie Olkiluoto 3, Flamanville 3 und Hinkley Point C machen vor



Foto: USFRC / IAEA Imagebank / Flickr

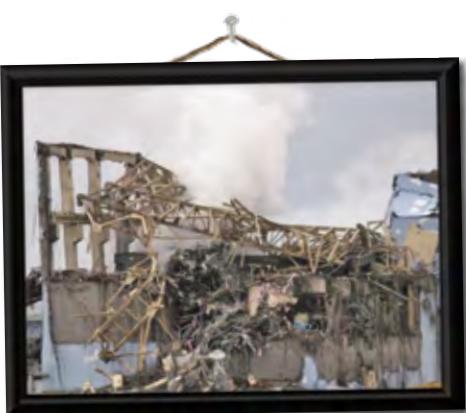


Foto: Tepco

allem mit Verzögerungen, Kostenexplosionen und ungelösten technischen Problemen von sich reden. Pläne für SMR oder Generation-IV-Reaktoren bleiben ohne greifbare Fortschritte. Gleichzeitig boomen weltweit die erneuerbaren Energien: 92 Prozent der 2025 neu errichteten Kraftwerksskapazitäten entfielen auf sie – weil sie am schnellsten verfügbar, am günstigsten und am klimawirksamsten sind.

Angesichts technischer Probleme, hoher Kosten und gesellschaftlicher Konflikte bleibt die Umsetzung auch der in Europa angekündigten Atomprojekte fraglich. Dennoch wäre es ein Fehler, sich darauf zu verlassen, dass sich diese Vorhaben von selbst erledigen.

Europäische Spaltung

Denn selbst gescheiterte Atomprojekte kosten viel Energie, Zeit und Geld – und auch Deutschland könnte dafür bald zahlen. In der EU treibt eine „Nuklearallianz“ aus derzeit 14 Staaten mit Nachdruck voran, Atomkraft den Erneuerbaren vollständig gleichzustellen – einschließlich Zugang zu den entsprechenden Fördermitteln. Der Regierungswechsel in Berlin hat die atomkritische Allianz in Europa empfindlich geschwächt. Sollte Deutschland in den laufenden Verhandlungen um den nächsten EU-Haushaltsumfang nicht dagegenhalten, könnten weitere Milliarden an EU-Geldern in Atomprojekte statt in Erneuerbare fließen.

Das wäre ein großer Erfolg für die Atomlobby – zum Nachteil der Erneuerbaren und des nötigen Umbaus der Energieversorgung, für den dann das Geld fehlt. Bereits Diskussionen über Laufzeitverlängerungen, Wiedereinstieg und Neubau haben Folgen: Sie verschieben politische Prioritäten und bremsen Investitionen in Erneuerbare aus¹. Das kostet beim Klimaschutz wertvolle Zeit.

Atomkraft ist keine Lösung

In Wahrheit geht es der Atomlobby nicht ums Klima, sondern ums Geschäft. Wer auf Atomkraft setzt, handelt gegen jede klima- und energiepolitische Vernunft – und schafft zugleich neue Abhängigkeiten im Energiesektor. Die einzigen Gewinner auf diesem Weg sind die Atomindustrie und ihre Lobby – den Preis zahlen wir alle.

Die Opfer von Tschernobyl, Fukushima und anderen Atomkatastrophen mahnen uns, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung zeigt, dass wir keinesfalls machtlos sind. Erinnern heißt handeln. 40 Jahre nach Tschernobyl und 15 Jahre nach Fukushima braucht es jetzt möglichst viele Menschen, die der Bundesregierung deutlich machen: Wir wollen nicht, dass Deutschland Atomprojekte im EU-Ausland mitfinanziert – auch nicht indirekt über den EU-Haushalt!

Die Anti-Atom-Bewegung hat die Energiewende bereits vorangetrieben, als nur wenige daran glaubten. Wer den irreführenden Ablenkungsmanövern der Atomlobby etwas entgegensetzen will, muss an dieser Alternative dranbleiben: Wind- und Solarenergie zügig ausbauen, Netze verstärken, Speicher fördern und Energie effizient nutzen. Die Energiewende ist ein Erfolgsmodell. Sie sorgt für regionale Wertschöpfung, schafft Hunderttausende Arbeitsplätze und macht unabhängig. Entscheidend ist der politische Wille, die Transformation konsequent umzusetzen.

Die Erinnerung an Tschernobyl und Fukushima wachzuhalten, zeigt nicht nur Solidarität mit den Hunderttausenden, die bis heute unter diesen Katastrophen leiden. Es macht die Risiken der Atomkraft sichtbar und stärkt so der Energiewende den Rücken.

Anna Stender und Miriam Tornieporth

Aktion



Fukushima und Tschernobyl mahnen!

Hilf mit, dass die beiden Atomkatastrophen nicht in Vergessenheit geraten! .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Plakaten, Flyern, Unterschriftenlisten, Fahnen und mehr für Deine Mahnwache (Seite 20) und macht diese in Deiner Region bekannt. Termine eintragen und finden:

ausgestrahlt.de/jahrestage

EU-Subventionen für Atomkraft!

Europa könnte seine Energieversorgung vollständig auf Erneuerbare umstellen. Stattdessen setzt die EU auf Atomkraft – und die Bundesregierung zieht bisher mit. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU droht die Tür zu Subventionen für Atomprojekte wie z.B. Mini-AKW (Small Modular Reactors) zu öffnen. Protestiere mit Deiner Unterschrift: ausgestrahlt.de/keine-eu-subventionen



Unterschriftenlisten auf Papier gibt's im .ausgestrahlt-Shop (Seite 20).

Plakat-Aktion

Hänge das beiliegende Plakat in Dein Fenster, an Deine Wohnungstür oder frage in Deinem Lieblingscafé-/laden nach.



Online-Veranstaltungen

Di, 10.3.: „Fukushima – 15 Jahre danach“
Heinz Smiltal (Greenpeace)

Do, 26.3.: „Kein EU-Geld für Atomkraft“ Miriam Tornieporth und Bettina Ackermann (.ausgestrahlt)

Mi, 1.4.: „Kleine Reaktoren, große Risiken: Was steckt hinter den SMR-Plänen?“ Jan Haverkamp (WISE)

Mi, 15.4.: „Drei Jahre nach dem AKW-Aus: Energiewende in Deutschland und Atompläne in Europa?“ Armin Simon (.ausgestrahlt)

Do, 23.4.: „40 Jahre Tschernobyl – Mythen und Fakten“ Alex Rosen (IPPNW)

Alle Veranstaltungen finden von 18-19:30 Uhr via Zoom statt.
Anmeldung unter: ausgestrahlt.de/onlineveranstaltungen

„Fukushima, Tschernobyl und wir“

Was genau ist in Fukushima und Tschernobyl passiert? Welche Auswirkungen haben die Unfälle bis heute? Die aktualisierte virtuelle Ausstellung gibt Antworten.

ausgestrahlt.de/virtuell/fukushima-tschenobyl-und-wir



„Als sei alles in bester Ordnung“

Portrait | Akiko Morimatsu, 52, flieht nach dem Super-GAU in Fukushima wie Zigtausende mit ihren Kindern vor der Strahlung. Seitdem kämpft sie für die Rechte der Opfer der Atomkatastrophe



Foto: privat

„Warum sollten Menschen in Fukushima höhere Strahlenwerte tolerieren müssen als der Rest Japans?“

„Wir hoffen, dass endlich anerkannt wird, was der Atomunfall mit unserem Leben und dem unserer Kinder gemacht hat“

Am 11. März 2011 erschütterte der Super-GAU in Fukushima unser Leben. Bei uns in der Großstadt Kōriyama, etwa 60 Kilometer Luftlinie von dem havarierten AKW, gab es trotz erhöhter Strahlung keine Evakuierungsanordnung. Mein Mann und ich mussten selbst eine Entscheidung treffen. Mir war sofort klar: Wenn ich nichts tue, sind unsere Kinder – damals ein Baby und ein Kleinkind – der Strahlung ausgesetzt. Ich handelte aber nicht in Panik. Ich orientierte mich an den offiziellen Grenzwerten für die Strahlenbelastung und wog alle Optionen sorgfältig ab. Dann traf ich die schwere Entscheidung, Kōriyama mit den Kindern zu verlassen. Nicht weil man uns dazu aufgefordert hatte, sondern auf eigene Initiative, auf eigene Faust und auf eigene Kosten.

Wir zogen nach Ōsaka, wo wir bis heute als sogenannte Selbst-Evakuierter leben. Mein Mann entschied, in Fukushima zu bleiben. Seit fast 15 Jahren lebt unsere Familie in zwei Städten. Unsere Kinder, inzwischen 18 und 15 Jahre alt, kennen keinen normalen Alltag als Familie. Unsere Lebenshaltungskosten haben sich verdoppelt. Wenn wir uns sehen wollen, müssen wir selbst dafür aufkommen. So geht es vielen selbst-evakuierten Familien. Dieser Verlust ist kein persönliches Schicksal, sondern eine direkte Folge des Atomunfalls.

Einige Wochen nach dem Unfall erhöhten die Behörden den Grenzwert für die Strahlenexposition in Fukushima von einem Millisievert auf zwanzig Millisievert pro Jahr und behaupteten, das sei nun sicher, auch für Kinder. Man wollte, dass die Evakuierter in die kontaminierten Wohngebiete zurückkehren. Noch heute gilt der höhere Wert in manchen Gebieten. Aber warum sollten Menschen in Fukushima höhere Strahlenwerte tolerieren müssen als der Rest Japans?

Im Moment kann ich mir nicht vorstellen, zurückzukehren. Ich möchte nicht an einem Ort leben, an dem ich mich jeden Tag frage, ob das, was wir anfassen, essen oder trinken, unserer Gesundheit schadet. Die großflächige radioaktive Kontamination infolge des Atomunfalls ist immer noch vorhanden – die Radioaktivität in der Luft ist weiter höher als vor dem Unfall und es können jederzeit Hotspots entstehen, zum Beispiel wo sich Regenwasser und Schlamm ansammeln. Gerade Berge und Wälder kann man sowieso nicht wirklich dekontaminieren. Alle Eltern wollen doch, dass ihre Kinder gesund aufwachsen. Ich sollte selbst entscheiden können, ob ich das Risiko eingehe oder nicht. Das Grundrecht auf Leben und Gesundheit muss für alle gleichermaßen gelten.

Vor der Atomkatastrophe erkrankten nur ein oder zwei von einer Million Kindern an Schilddrüsenkrebs. Unter den 370.000 Kindern, die zum Zeitpunkt des Super-GAUs in der Präfektur Fukushima lebten, wurden aber fast 400 Fälle registriert. Über die Präfektur hinaus gibt es gar keine groß angelegten Studien. Viele Kinder waren der Strahlung schutzlos ausgesetzt. Sie waren sich der Gefahr nicht bewusst – auch wenn ihre Eltern es ihnen verboten hatten, gingen sie nach draußen, um mit ihren Freunden zu spielen.

Nach Angaben der Wiederaufbaubehörde gibt es immer noch 26.597 Evakuierter und Selbst-Evakuierter aus Gebieten außerhalb der Sperrzone. Uns Selbst-Evakuierter wird oft vorgehalten, wir hätten unsere Entscheidung aus freiem Willen getroffen. Aber wir hatten nur die Wahl zwischen zwei schmerhaften Optionen: weiter der Strahlung ausgesetzt sein oder fliehen. Diese Entscheidung stellte unser Leben völlig auf den Kopf. Obwohl wir wegen des Atomunfalls geflohen waren, den der Staat mit zu

verantworten hatte, unternahm der nichts, um uns zu unterstützen – und demütigte uns sogar. Man behauptet, wir würden falsche Gerüchte verbreiten – eigentlich ist ihnen schon unsere bloße Existenz ein Dorn im Auge, weil sie auf die Gefahren der Strahlung hinweist. Wenn wir öffentlich unsere Meinungen sagen, sind wir heftigsten Anfeindungen ausgesetzt.

Trotzdem habe ich nicht vor, mich mit dem Schaden abzufinden, den der AKW-Betreiber Tepco (Tōkyō Electric Power Company) und der Staat verursacht haben. Heute bin ich Co-Vorsitzende der Koordinierungsstelle, die Klagen von Fukushima-Opfern japanweit koordiniert und Vertreterin der Klägergruppe im Großraum Ōsaka. Ich halte Vorträge in Japan und im Ausland, 2018 sogar vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf.

Im sogenannten Kansai-Prozess geht es seit mehr als 12 Jahren um eine der letzten Sammelklagen von Geflüchteten aus Fukushima. Die Kläger*innen – 222 Personen aus 79 Familien, die nach dem Atomunfall in die rund 600 Kilometer entfernte Kansai-Region geflohen sind – wollen, dass der Staat und Tepco Verantwortung übernehmen und Entschädigungen zahlen, die die tatsächlichen Verluste widerspiegeln. Als Klägerin Nummer 1-1 vertrete ich die Kläger*innen als Sprecherin, informiere öffentlich und in den Medien über unsere Erfahrungen und arbeite gemeinsam mit den Anwält*innen an der Prozessstrategie.

Die Tepco-Anwält*innen verweisen immer wieder auf die Infobroschüre der Stadt Kōriyama und sagen: „Da steht doch, dass es sicher ist“. Aber diese Broschüre war Propaganda – das, was wir in Japan als „Meldungen des Kaiserlichen Hauptquartiers“ bezeichnen, wie sie während des Zweiten Weltkriegs verbreitet wurden. Darin stand nur das, was die Behörden uns glauben lassen wollten. Radioaktivität verschwindet doch nicht, nur weil von Kirschblütenfesten und Einschulungsfeiern berichtet wird. Mit Slogans wie „Halte durch, Tōhoku“ (das ist die Region, in der auch Fukushima liegt) und großen Wiederaufbau-Budgets wurden nach der Dreifachkatastrophe von Erdbeben, Tsunami und Atomunfall Veranstaltungen inszeniert, als sei alles in bester Ordnung. In Wahrheit durften Schulen in Kōriyama erst sieben Jahre später wieder ohne Zeitbegrenzung ein Sportfest im Freien veranstalten.

Bisher gab es etwa 30 ähnliche Sammelklagen. In einigen Prozessen, die bis vor den Obersten Gerichtshof gingen, wurde die Haftung von Staat und Tepco in letzter Instanz

anerkannt. Trotzdem erhielten die meisten Kläger*innen nur sehr geringe Entschädigungen – meist in der Höhe (oder sogar unterhalb) der Beträge, die Regierung und Tepco selbst als Maßstab festgelegt hatten. So bestimmten die für die Katastrophe Verantwortlichen maßgeblich über die Ansprüche der Opfer! Im Juni 2022 wies der Oberste Gerichtshof Japans die Haftung des Staates in mehreren Sammelklagen ab. Dieser Linie folgen seitdem auch die unteren Instanzen. Doch die Schäden verschwinden nicht einfach – ob sie nun anerkannt werden oder nicht. Jedes Mal, wenn so ein ungerechtes Urteil fällt, fühle ich mich verzweifelt und ohnmächtig, weil unser Justizsystem uns das Recht verweigert, uns vor unnötiger Strahlung zu schützen.

Am 24. Dezember 2025 durfte ich mein Schlussplädyer im Kansai-Prozess persönlich vortragen. Ich bin dankbar, dass ich den Richter*innen schildern konnte, wie wir Menschen wirklich betroffen sind. In diesem Prozess wurde besonders gründlich gearbeitet. Alle

Kläger*innen wurden einzeln vernommen, und die Richter*innen haben bei den Zeugenvernehmungen nicht gewechselt wie in anderen Prozessen. Daher erwarten wir sehr gespannt die Urteilsverkündung im September.

Es geht uns um mehr als nur um Geld. Wir hoffen, dass endlich anerkannt wird, was der Atomunfall mit unserem Leben und dem unserer Kinder gemacht hat – die Trennung unserer Familien, die Angst um unsere Gesundheit, die verlorene Normalität. Wir wollen auch, dass unser Recht auf Schutz vor radioaktiver Strahlung anerkannt wird. Und wir hoffen, dass das Verfahren Signalwirkung hat, auch über Japan hinaus. Die Auswirkungen eines Atomunfalls, die Gefährdung durch Strahlung, die Missachtung von Grundrechten – diese Themen gehen nicht nur die Menschen in Fukushima etwas an. Wenn solche Schäden hier in Japan verharmlost werden, wird das auch anderswo passieren.

Protokoll: Anna Stender

Übersetzung: Yu Kajikawa (Sayonara Nukes Berlin)

Anzeige

EWS
ElektrizitätsWerke
Schönau

**50€
WECHSEL
BONUS!**

OHNMACHT IST KRASS. ÖKOSTROM IST KRASSER.

Hol dir 100 % EWS-Ökostrom
und fördere mit jeder verbrauchten kWh
nachhaltige Projekte weltweit!

ews-schoenau.de/oekostrom

Die Zukunft liebt Rebell:innen.

*Gilt nur für Laufzeitangebote.

„Praktisch alle hatten Gesundheitsprobleme“

Interview | Kinderärztin Olena Melnyk aus Charkiw über die gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe auch außerhalb der Sperrzone und Strahlenschäden noch in dritter Generation

Frau Melnyk, als am 26. April 1986 der Reaktor Nr. 4 des sowjetischen AKW Tschernobyl (ukrainisch: Tschoronobyl) in der Ukraine explodierte – wo waren Sie da?

In Charkiw, so wie heute. Ich erfuhr eher zufällig davon: Ein, zwei Tage später hörte ich abends Radio Svoboda, ein westlicher Sender (heute: Radio Free Europe). Da war die Rede von einer Strahlengefahr in der Ukraine. Ich erinnere mich sehr gut daran. Dann wurde es still: Es gab keine Berichterstattung darüber in unseren Medien, im Fernsehen und im Radio. Am 1. Mai, das war ja ein Feiertag mit Paraden und so, daran erinnere ich mich, wehte ein schrecklicher Wind. Es roch nach Smog. Und es gab so einen metallischen Beigeschmack auf der Zunge.

Wann wurde Ihnen klar, dass es ein Gesundheitsproblem geben könnte?

Erst nach dem 1. Mai wurde darüber gesprochen, dass es eine nukleare Katastrophe gegeben hatte und Radioaktivität freigesetzt wurde. Das hat uns natürlich sehr beunruhigt. Ich war damals als Ärztin für die Kinderabteilungen im Institut für Gesundheit und Schutz von Kindern und Jugendlichen verantwortlich. Im Juni kamen die ersten Kinder zu uns zur Untersuchung – Kinder, die aus Prypjat (ukrainisch: Pripjet) evakuiert worden waren, der Stadt direkt neben dem AKW. Sie wussten nichts von ihren Problemen, und wir wussten nicht, welche Probleme wir mit ihnen lösen müssten. Wir sollten sie untersuchen. Sie klagten über Kopfschmerzen, Übelkeit, litten sichtbar unter Stress. Ihre Familien hatten ja von jetzt auf nachher alles aufgeben müssen, ihre Wohnung, ihr bisheriges Leben. Wir haben sie alle ausführlich untersucht: Nerven-, Hormon- und Immunsystem, Blut- und Verdauungssystem, Hals, Nasen, Ohren, Augen und später auch Chromosomen.

Mit welchen Ergebnissen?

Nach zwei bis drei Monaten traten klinische Symptome wie Schwindel, Herzklagen, Übelkeit, Bauchschmerzen auf. Mit der Zeit war bei vielen Kindern der Spiegel des Stresshormons Cortisol erhöht. Es gab Störungen des vegetativen Nervensystems und Veränderungen im Herz-Kreislauf-System, sogar bei jungen Schulkindern bereits erhöhten Blutdruck. Früh traten auch damit zusammenhängende Herzerkrankungen auf, außerdem Gefäßerkrankungen sowie alle möglichen Verdauungsstörungen. Auch die Pubertät setzte früher ein als bei anderen Kindern. Das deutete auf Probleme mit dem Hormonsystem hin. Wir haben das alles als eine Kombination aus den negativen Auswirkungen der Strahlung und des Stresses angesehen.

Zu Ihnen kamen auch Kinder von außerhalb der Sperrzone.

Ja, aus Schytomyr, Riwne, Kyjiw und Tschernihiw zum Beispiel. Auch diese Regionen waren kontaminiert, wenn auch nicht so stark wie die Sperrzone. Diese Kinder hatten mehrere Jahre dort gelebt und also auch leicht kontaminierte Nahrungsmittel zu sich genommen. In den 1990er Jahren wurden viele Familien von dort nach Charkiw und die umliegenden Dörfer umgesiedelt – weil Charkiw am wenigsten Strahlung abbekommen hatte. Diese Kinder, das fiel uns sofort auf, befanden sich in einem schlechteren Zustand als die aus Prypjat, die sofort evakuiert worden waren. Ihre körperliche Entwicklung war verzögert, sie waren schwächer. Praktisch alle hatten Organstörungen, Probleme mit der Leber, der Bauchspeicheldrüse, der Schilddrüse, dem Nervensystem, Herz-Kreislauf-Anomalien, Entzündungen von Magen und Darm: eine Vielzahl chronischer Erkrankungen, dazu neuroseähnliche Zustände, und das bei 9- oder 12-jährigen Kindern!



Foto: privat

Olena Melnyk

Kinderärztin Dr. med. Olena Melnyk, 75, arbeitete seit 1975 im Staatlichen Institut für Kinder und Jugendliche der Nationalen Akademie der Medizinischen Wissenschaften der Ukraine in Charkiw. 1986 leitete sie die Abteilung für Gastroenterologie, die sich federführend um die Tschernobyl-Kinder kümmerte. 1991 übernahm sie die Leitung des neu gegründeten, an die Akademie angeschlossenen Rehabilitationszentrums für von Tschernobyl betroffene Kindern, die sie bis 2020 innehatte.

Woraus schlossen Sie, dass das Strahlungsfolgen waren?

Wir fanden Veränderungen in ihrer Chromosomenstruktur.

Was war die dritte Gruppe Kinder, die Sie betreuten?

Das waren Kinder aus Familien von Liquidatoren. Aus keiner Region wurden mehr Männer zur Beseitigung des Unfalls abkommandiert als aus Charkiw: Soldaten, aber auch einfache Wehrdienstleistende, oft waren sie zwei bis drei Monate dort. In den Jahren 1988-89 bekamen viele von ihnen Kinder. Es wurde damals diskutiert, warum die Geburtenrate ausgerechnet in diesen Familien so hoch war, in denen doch der Vater eine relevante Strahlendosis abbekommen hatte oder sogar an Strahlenkrankheit litt. Offenbar war der Wunsch, die eigene Familie fortzuführen, unter Männern, die diesen Einsatz hinter sich hatten, besonders groß.

Und diese Kinder kamen auch zu Ihnen?

Ja, als sie zwei, vier Jahre alt waren, kamen sie zu uns zur Beobachtung. Und diese Gruppe unterschied sich nochmals von den beiden anderen. Sie wiesen häufig verborgene Anomalien auf, also angeborene, genetisch bedingte Fehlbildungen: Abweichungen an den Herzkklappen, doppelte oder veränderte Nieren, krankhafte Veränderungen des Bindegewebes – letzteres führt zu schwerwiegenden Störungen aller Organe und Systeme. Die Strahlung hatte die Keimdrüsen des Vaters geschädigt. Welche Dosis die Liquidatoren abbekommen haben, ließ sich oft nicht mehr feststellen. Aber viele Väter dieser Kinder waren wirklich krank.

Diese Ende der 1980er Jahre geborenen Kinder sind längst erwachsen – viele haben selbst Kinder bekommen ...

... und auch diese kamen zu uns, als Geschädigte zweiter Generation. Sie haben alle ein erhöhtes Risiko, Mutationen in sich zu tragen, die zu Krankheiten führen. Alles, weil ihr Großvater damals verstrahlt wurde.

In Deutschland gab es nach 1986 zahlreiche Initiativen, die Tschernobyl-Kinder unterstützt und zur Rehabilitation eingeladen haben, manche Jahrzehntlang.

Das hat den Kindern sehr geholfen. Zweimal war ich selbst bei einer solchen Reise mit dabei. Tagelang saß ich in der deutschen Klinik, in der die Kinder untersucht wurden. Medizinisch, habe ich gesehen, waren wir auf dem richtigen Weg. Aber der Umgang mit ihnen war anders als bei uns – das hat auch meine Arbeit verändert. Am wichtigsten war aber, dass sie die Welt und ein anderes Leben gesehen haben, dass sie Aufmerksamkeit bekommen haben, dass sie gesehen haben, dass man nach Gesundheit streben muss, sich nicht in die Krankheit verkriechen darf. Sogar die Eltern sagten danach, wie sehr sich ihre Kinder erholt, wie sehr sie sich verändert hätten. Und wir haben auch finanzielle Unterstützung erhalten, die uns in klinischer Hinsicht geholfen hat.

Wie ist die Situation heute? Ist die Katastrophe nach 40 Jahren vorbei?

Nein. Viele Gegenden sind immer noch kontaminiert. Viele Familien, die damals nach Charkiw umgesiedelt sind, haben Kontakt zu Verwandten in Schytomyr, Romny oder anderswo gehalten. Sie sagten, dass es ihnen schlecht gehe, wenn sie dorthin fahren. Das war sogar noch 20 Jahre nach dem Unfall so.

Die Weltgesundheitsorganisation behauptet, Tschernobyl habe nur 4.000 Todesopfer gefordert, andere Statistiken rechnen mit ganzen 400 Toten. Was sagen Sie dazu?

Ich kenne die Zahlen nicht, aber das ist völlig unrealistisch. Das passt nicht zu dem, was ich erlebt habe.

Die Ukraine hält bis heute an Atomkraft fest, will sogar neue AKW bauen. Ist Tschernobyl vergessen?

Die Ukraine hat gerade sehr viele Probleme. Aber auch bei uns gibt es Bemühungen, andere Energiequellen zu nutzen. Nein, Tschernobyl ist nicht vergessen! Jedes Jahr am 26. April gibt es Gedenkfeiern für die Zigaretten Menschen, die dort im Einsatz waren und dabei ihr Leben oder ihre Gesundheit verloren haben. Auch wir Ärzte*innen treffen uns regelmäßig: Wir geben seit 1986 unser Bestes, um den Opfern dieser Katastrophe zu helfen. Das schweißt zusammen.

Interview: Armin Simon
Übersetzungshilfe: Susanne Stoll



Im Zwischenlager Neckarwestheim stehen 99 Castor-Behälter.
© Mick/BGZ

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Atommüll

Über eine Million Jahre – so lange muss Atommüll sicher gelagert werden. Eine kaum vorstellbare Verantwortung, die heutige und kommende Generationen tragen.

Die Stiftung Atomerbe unterstützt Betroffene, den staatlichen Umgang mit radioaktiven Abfällen kritisch zu begleiten, zu hinterfragen sowie Fehlentwicklungen zu benennen und öffentlich zu machen.

Wir, die den Atomausstieg in Deutschland erstritten haben, möchten einen Beitrag leisten, dass sich auch unsere Nachkommen für eine sichere, transparente und verantwortungsvolle Verwahrung von Atommüll einsetzen können.

Werde Teil dieses Vermächtnisses – mit einer Zustiftung, in Deinem Testament oder mit einer Spende.

Mehr erfahren:
stiftung-atomerbe.de





Foto: Alexander Tresch

Kinderspielzeug in Prypjat

Die unterschlagenen Toten

Hintergrund | Hanebüchen niedrige angebliche Opferzahlen der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima sollen die Harmlosigkeit der Atomkraft belegen. Eine Richtigstellung

Der Welt-Reporter, bekennender Atomkraftfan, hat seine Kronzeugin gefunden. Fünf Wochen nach Abschaltung der letzten drei AKW bittet er eine Wissenschaftlerin der Universität Oxford und Mitarbeiterin des Portals „Our World in Data“ (OWID) zum Interview. Die Abschaltung der fast 40 Jahre alten Reaktoren – in einem hatten sich schon mehrere hundert Risse gebildet – geißelt diese als „Farce“. Atomkraft, behauptet sie, sei „unglaublich sicher“, ergo genauso gut wie erneuerbare Energien.¹ Es ist der Mythos, den auch die EU-Atomlobby eifrig pflegt, er soll ihr Zugang zu Milliardensubventionen und Privilegien verschaffen. Die von „Our World in Data“ erstellte Statistik² kommt da wie gerufen.

Die häufig zitierte Grafik vergleicht „Tote pro Terawattstunde“ für verschiedene Energieerzeugungsarten. Atomkraft liegt ihr zufolge mit 0,03 Toten pro Terawattstunde Strom zusammen mit Windkraft und Solarenergie weit vorneweg an der Spitze. „Die Risiken der Atomkraft werden überschätzt“, resümiert die Autorin. Immerhin macht der Begleittext transparent, wie diese Wertung zustande kommt:

Gerade einmal 2.747 Todesopfer lastet die Autorin der Atomkraft an, davon ganze 433 der Atomkatastrophe von Tschernobyl. Kann das sein?

„Völlig unrealistisch“, urteilt die ukrainische Kinderärztin Olena Melnyk (Interview Seite 10/11), die Jahrzehntlang Kinder betreut hat, die unter gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe leiden, darunter viele, die aus Liquidatorenfamilien stammen: „Das passt nicht zu dem, was ich erlebt habe.“

Jahrzehntlang geheim gehaltener Vertrag

Die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl werden nie ungehindert und systematisch erhoben. Zu groß ist das Interesse diverser Regierungen, Parteien und Institutionen in Ost und West, das Ausmaß der Katastrophe zu vertuschen. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) will die Atomkraft nicht in Verruf bringen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), eigentlich für derlei Fragen prädestiniert, scheidet als Aufklärerin ebenfalls aus: Ein fast 40 Jahre geheim gehaltenes

1 welt.de, 23.05.2023.

2 Our World in Data, 2022.

3 dw.com, 24.03.2011.

4 Yablokov et al. 2009, S. 205.

5 IPPNW 2016, S. 20–23.

6 Piguet et al. 2021, S. 13.

7 Yablokov et al. 2009, S. 210.

8 IPPNW 2016, S. 66–68.

9 IPPNW 2016.

Abkommen mit der IAEA von 1959 verpflichtet sie, „bevor sie ein Forschungsprogramm oder eine Maßnahme einleitet“, um die Folgen radioaktiver Strahlung zu untersuchen, „die IAEA zu konsultieren, um die betreffende Frage einvernehmlich zu regeln“. So kommt es, dass die WHO zwar 1995 und 2001 UN-Konferenzen zu Tschernobyl organisiert, die Protokolle und nahezu sämtliche Referate aber jahrelang (und allem Anschein nach bis heute) nicht veröffentlicht sind: Weil die IAEA dagegen Einspruch eingelegt hat.³

So kommt es etwa, dass zwar einer russisch-belarussischen Studie zufolge von den rund 830.000 Liquidator*innen – die meisten von ihnen zum Zeitpunkt ihres Einsatzes junge Rekruten – bereits 2005 um die 120.000 gestorben waren,⁴ diese in den Publikationen der WHO aber nirgendwo auftauchen; auch die OWID-Statistik schweigt zu ihnen. Gleches gilt für die in kontaminierten Regionen deutlich erhöhten Sterberaten, die zweifellos Tote zur Folge haben. Es gilt ebenso für die nach Tschernobyl nachgewiesene erhöhte Säuglingssterblichkeit, die europaweit bis zu 5.000 Säuglinge das Leben gekostet haben dürfte. Und für die rund 800.000 Mädchen, die nach dem normalen Geschlechterverhältnis zu erwarten gewesen wären, aber gar nicht erst das Licht der Welt erblickt haben – weibliche Embryonen sind besonders strahlenempfindlich.

Etliche Studien haben versucht, die Tschernobyl-Toten anhand der Kollektivdosis abzuschätzen, der Summe der individuellen Strahlenbelastungen, berechnet etwa aus Fallout und Bevölkerungsdichte. So kam der langjährige Sekretär des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR), Burton Bennett, 1996 in einer Studie auf eine weltweite Lebenszeit-Kollektivdosis von 600.000 PSv, UNSCEAR selbst in einem Bericht von 2013 auf 400.000 PSv allein für Europa.⁵

Nach heutigen Erkenntnissen ist mit einer Todesrate aufgrund von Krebserkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen von zusammen 0,25 pro PSv zu rechnen.⁶ Tschernobyl wäre demnach weltweit für 150.000 Todesfälle verantwortlich.

Die UdSSR gab 1988 allein für den Umkreis von 1.000 Kilometer um Tschernobyl (also ohne Westeuropa und die übrige Nordhalbkugel) eine viermal so hohe Kollektivdosis – 2,4 Millionen PSv – an. Dies würde 600.000 Tote bedeuten. Yablokov kommt in einer Studie, die auch

Gesundheitsschäden und Todesfälle infolge zahlreicher anderer Erkrankungen berücksichtigt, mit denen die Betroffenen zu kämpfen haben, auf 985.000 Tote durch Tschernobyl.⁷

Tote nur durch Evakuierung?

Was Fukushima angeht, kalkuliert die OWID-Statistik mit einem an Krebs verstorbenen Aufräumarbeiter sowie 2.313 Opfern der Evakuierungsmaßnahmen, Subtext: nicht der Super-GAU, sondern die ergriffenen Maßnahmen sind das Problem. Das ist dreistes Gaslighting.

UNSCEAR bezifferte 2013 die durch Fukushima verursachte Kollektivdosis auf 48.000 PSv. Aus einem WHO-Bericht aus demselben Jahr lässt sich eine mehr als dreimal so hohe Kollektivdosis von 165.000 PSv ableiten.⁸ So oder so blies der Wind 80 Prozent der freigesetzten Radioaktivität auf den Pazifik, also über unbewohntes Terrain. Der größte Teil der freigesetzten Strahlung floss in die Kollektivdosen-Berechnungen also gar nicht ein. Das damals nur durch glücklichen Zufall nicht eingetretene Szenario, dass die radioaktive Wolke über dem dichtbesiedelten Großraum Tokio mit 50 Millionen Einwohner*innen niedergeht, hätte die Fukushima-Kollektivdosis um ein Vielfaches erhöht. Wie seriös ist eine Rechnung, die dieses ignoriert, aber eine Aussage über Atomkraft an sich treffen will?

Die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) haben detailliert dargelegt, warum die berechneten Kollektivdosen der japanischen Bevölkerung durch die Fukushima-Katastrophe vermutlich von zu niedrigen individuellen Strahlenbelastungen ausgehen.⁹ Zudem waren in Fukushima neben den Arbeiter*innen in Schutzzügen auf dem Kraftwerksgelände auch jahrelang Zigaretten- oder oft nur mit einfachem Mundschutz geschützte

Aufräum- und Dekontaminationsarbeiter*innen in der Sperrzone im Einsatz. Ihre Strahlenbelastung muss ebenfalls berücksichtigt werden.

Fatale Risiko-Unterschätzung

Die interviewte OWID-Forscherin betont, es gehe nur um eine grobe Einordnung. Die klima- und gesundheitsschädliche Stromerzeugung aus Kohle und Öl stehe den ungefährlichen und sauberer erneuerbaren Energien gegenüber – so weit, so unumstritten. Die Behauptung allerdings, Atomkraft stehe auf einer Stufe mit Wind- und Solarenergie und habe nur 2.747 Opfer gefordert, ist grob irreführend.

In dieser Zahl fehlen mindestens die 12.000 bis 41.250 Toten, die nach offiziellen Angaben zur Kollektivdosis von Fukushima zu erwarten sind. Auch müsste der Ozean-Faktor berücksichtigt werden, der die angegebene Kollektivdosis auf ein Fünftel des eigentlich zu erwartenden Wertes gedrückt hat. Im Fall von Tschernobyl sind mindestens die aus der weltweiten Kollektivdosis zu erwartenden 150.000 bis 600.000 Toten hinzuzurechnen, die mindestens 120.000 gestorbenen Liquidator*innen, außerdem die bis zu 5.000 toten Säuglinge in Europa, unter Umständen auch die rund 800.000 weiblichen Embryonen, die in den Monaten nach Tschernobyl strahlenbedingt nicht überlebt.

Lässt man all diese Toten nicht einfach unter den Tisch fallen, sieht die OWID-Rechnung völlig anders aus. Atomkraft wäre demnach nicht für 0,03, sondern für 3 bis 18 Tote pro Terawattstunde verantwortlich – 100-600 Mal tödlicher als erneuerbare Energien und auf einer Stufe mit den dreckigen fossilen Energieträgern. AKW sollten also wie Kohlekraftwerke schnellstmöglich durch saubere und sichere Erneuerbare ersetzt werden.

Armin Simon

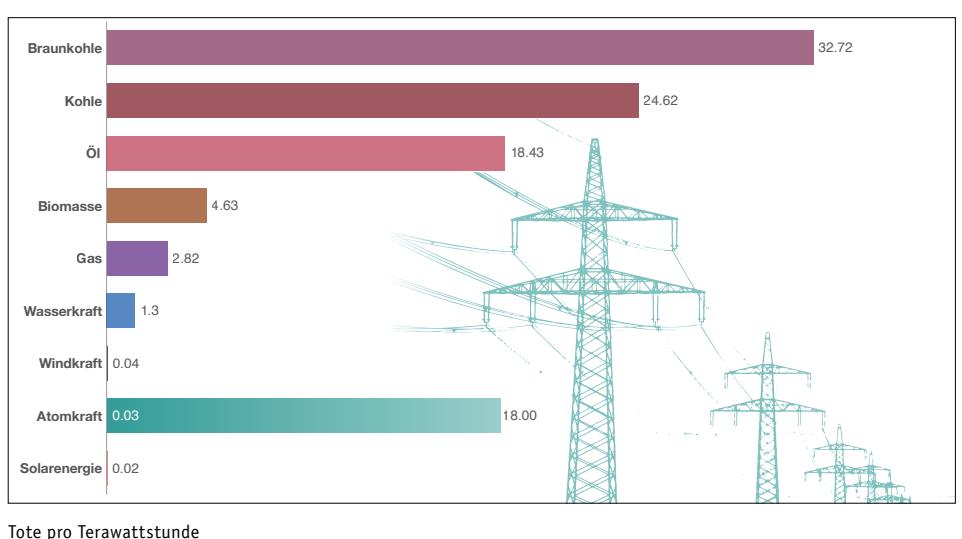




Foto: Stephanie Eger

AKW Leibstadt

Was wäre wenn

Hintergrund | Wenn es im AKW Leibstadt zu einem schweren Unfall kommt, ist Waldshut-Tiengen als erstes betroffen. Ein Gedankenspiel

Die Kreisstadt Waldshut-Tiengen, ganz im Süden Deutschlands, liegt 2,5 Kilometer vom Schweizer AKW Leibstadt entfernt. Schräg vis-à-vis über den Rhein thront der imposante Kühlurm, direkt daneben ragt der rot-weiß gestrichene Schornstein in den Himmel, aus dessen Mündung die radioaktive Wolke bei einem Kernschmelzunfall im Reaktor ihren Lauf nehmen könnte.

Im Schnitt der Wetterlagen eines Jahres, haben Wissenschaftler*innen der Universität für Bodenkultur in Wien errechnet, wäre Deutschland von einem Atomunfall in einem Schweizer AKW stärker betroffen als die Schweiz selbst: Die Wolke würde häufiger nach Deutschland wehen als anderswohin.

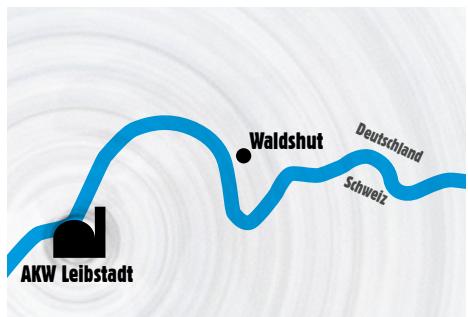
Von der Realität überholt

Den 25.000 Einwohner*innen von Waldshut-Tiengen kann das ein bisschen egal sein. Denn sie leben in der sogenannten Zentralzone. Das ist der direkte Umkreis des Atomkraftwerks, in dem Katastrophenschutzmaßnahmen unabhängig von der Windrichtung erfolgen sollen. Früher reichte diese Zone zwei Kilometer weit, gemessen ab dem Reaktor; Waldshut lag in der angrenzenden, in 12 Sektoren unterteilten Mittelzone. So kann man es heute noch lesen in der Notfallschutzbroschüre, die das Regie-

rungspräsidium Freiburg auf seiner Homepage bereithält.

Nach dem Super-GAU von Fukushima 2011 waren die zwei Kilometer nicht mehr haltbar. Die Zentralzone müsse auf fünf Kilometer erweitert werden, befand die Strahlenschutzkommission, die Mittelzone von 10 auf 20 Kilometer, die Außenzone von 25 auf 100 Kilometer. Die bisherige Fernzone müsse künftig das gesamte Bundesgebiet umfassen. Die Innenminister von Bund und Ländern nehmen die Empfehlung 2015 an. Das Regierungspräsidium hat die Notfallschutzbroschüre inzwischen um den rot gedruckten Hinweis „wird aktualisiert“ ergänzt. Bis heute aber liegen keine ausgearbeiteten Katastropheneinsatzpläne für eine Evakuierung der erweiterten Zentral- und Mittelzone vor.

Nach den amtlichen Vorgaben soll die Zentralzone binnen sechs, die betroffenen Sektoren der Mittelzone binnen 24 Stunden vollständig evakuiert werden können. Doch wer auf welcher Route mit welchem Transportmittel wohin fliehen solle, könne erst geklärt werden, wenn klar sei, wie schnell und in welche Richtung sich die radioaktive Wolke ausbreite, erläutern Vertreter*innen von Regierungspräsidium und Landratsamt auf einer Veranstaltung von .ausgestrahlt Ende Januar in Waldshut.



Aktion



Wahlkampf-Aktion

Wer schützt die Bevölkerung in Baden-Württemberg vor der Atomgefahr aus der Schweiz? Die neue Landesregierung, die am 8. März gewählt wird, muss alles tun, um eine solche Katastrophe abzuwenden. **Mach die Landtagskandidat*innen und Wahlkämpfer*innen in Deiner Stadt auf die Atomgefahr aus der Schweiz aufmerksam** und fordere sie auf, für eine deutsch-schweizerische Energiewendepartnerschaft und für ein Abschalten der Schweizer AKW einzutreten.



Und so geht's: Statte den Wahlkampfständen, die jetzt überall stehen, einen Besuch ab. Überreiche den Aktions-Luftballon und die Forderungen.

Mache ein Selfie mit der Kandidatin/dem Kandidaten und dem Aktions-Luftballon. Poste das Bild mit dem Hashtag „#SchweizerAKWabschalten“ und markiere dabei den Namen der Politikerin/des Politikers und „@ausgestrahlt“.

Alles, was du dafür brauchst, findest Du in dem Aktionspaket, das Du auf **Seite 20** gratis bestellen kannst. ausgestrahlt.de/schweiz



Aus diesem Grund gibt es auch keine fest zu geordneten Auffanggemeinden mehr. Stattdessen soll ein Software-Tool im Katastrophenfall aktuell ermitteln, wo die Atomflüchtlinge untergebracht werden können. Grundsätzlich müsse jede Gemeinde in Deutschland Notunterkünfte für 1,5 Prozent ihrer Einwohnerschaft bereitstellen können: Turnhallen, Gemeindezentren etc. Allein um die 171.000 Einwohner*innen des Landkreises Waldshut unterzubringen, bräuchte es Auffanggemeinden mit einer Gesamteinwohnerzahl von 11,4 Millionen Menschen. Das ist mehr als die Bevölkerung Baden-Württembergs.

Auch wie viele Busse überhaupt und wie schnell diese zur Verfügung stehen, ob es Fahrer*innen gibt, welche Straßen befahrbar sind und so weiter, muss im Katastrophenfall erst noch geklärt werden. Eine Evakuierung werde nur dann angeordnet, wenn diese durchgeführt werden könnte, ohne mit der Wolke in Kontakt zu kommen, so die Katastrophenschützer*innen. Das bedeutet: Kommt es im AKW Leibstadt (oder in den ebenfalls nur 7 beziehungsweise 34 Kilometer entfernten Reaktoren in Beznau oder Gösgen) zu einem Unfall ohne oder mit nur geringer Vorwarnzeit, wird Waldshut vermutlich nicht mehr evakuiert. Die Bewohner*innen würden dann aufgefordert, sich in möglichst fensterlose Kellerräume zu begeben, um sich vor der Strahlung zu schützen – auch wenn dieser Schutz nur begrenzt wirkt.

Tödliche Strahlendosis

Das Schweizer Institut Biosphäre hat am Beispiel eines schweren Unfalls im AKW Leibstadt

vorgerechnet, mit welcher Strahlendosis in den umliegenden Gemeinden allein bei Durchzug der radioaktiven Wolke zu rechnen ist. Bei ungünstiger Wetterlage liegt diese in Rheinfelden im Schnitt bei mehr als 1.800 Millisievert. Das ist so viel, dass mit direkten, potenziell tödlichen Strahlenschäden zu rechnen ist. Rheinfelden ist allerdings 15 Mal so weit vom AKW Leibstadt entfernt wie Waldshut ...

Die Schweizer Reaktoren gehören zu den ältesten der Welt. Sie sind schon konzeptiell veraltet, zudem sind die Anforderungen an Nachrüstungen in der Schweiz deutlich laxer, als sie es in Deutschland waren. Reaktoren vergleichbarer Bauart wurden in Deutschland aus Sicherheitsgründen schon vor Jahrzehnten stillgelegt. So gingen die AKW Obrigheim und Stade, vergleichbar mit den AKW Beznau 1 und 2, schon 2003 und 2005 vom Netz. Das AKW Neckarwestheim 1, vom gleichen Typ wie das AKW Gösgen, wurde am 15. März 2011 endgültig abgeschaltet. Durchgesetzt hat dies übrigens der vehementen Atomkraftfan Stefan Mappus, damals CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg – er hatte wenige Tage zuvor gesehen, was in Fukushima passiert war. Und für das spanische AKW Cofrentes, mit 41 Jahren ein paar Monate jünger als sein Schwesternreaktor in Leibstadt, hat das spanische Parlament erst vor wenigen Tagen das Abschaltdatum bestätigt: Der Reaktor muss spätestens 2030 vom Netz.

Eine solch klare Ausstiegsperspektive fehlt im Fall der Schweizer AKW bisher. Es ist an uns, eine zu schaffen.

Armin Simon

„

Ich unterstütze .ausgestrahlt auch über mein Leben hinaus mit einer Testamentspende. Damit die, die nach mir kommen, eines Tages ohne Atomgefahren leben können.“

Vera Choulant, Lilienthal



ausgestrahlt.de/testament-ratgeber



ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Ein Stück Atomgeschichte kracht zu Boden: Sprengung der Kühltürme der Blöcke B und C des AKW Gundremmingen

Tod im Atomkraftwerk

Hintergrund | Vor 50 Jahren starben zwei Arbeiter im Atomkraftwerk Gundremmingen. Ein „ganz konventioneller Unfall“?

Im November 1975 starben bei einem Unfall im AKW Gundremmingen zwei Arbeiter. Für die politisch Verantwortlichen kam das Unglück zur Unzeit: Die Einstellung der Bevölkerung zur Atomenergie kippte, im badischen Wyhl war wenige Monate zuvor das AKW-Baugelände besetzt worden. Bundesregierung und bayerische Staatsregierung fürchteten ein Erstarken der Anti-Atom-Bewegung – und spielten den Unfall nach allen Regeln der Kunst herunter.

Der Unfall

Am 19. November 1975 wurde das AKW Gundremmingen wegen Reparaturen abgeschaltet. Auch eine schadhafte Dichtung an einem

Absperrschieber – einer Art Ventil – sollte an diesem Tag repariert werden. Die Anlage, die radioaktive Stoffe aus der Flüssigkeit filterte, sollte unterdessen weiterlaufen. Die Leitung mit 280 Grad heißem, radioaktivem Wasser stand dabei vorschriftswidrig unter hohem Druck.

Als der 35-jährige Schlossermeister Otto Huber und sein 46-jähriger Kollege Josef Ziegelmüller um 10:42 Uhr die Halterung der Dichtung lösten, schoss explosionsartig ein radioaktives Wasser-Dampf-Gemisch aus der Leitung. Huber starb noch am Unfallort. Josef Ziegelmüller konnte sich mit Hilfe des Strahlenschutzmannes Manfred Otto aus dem Armaturenraum retten und wurde von Otto, der sich



Foto: RWE

dabei selbst verbrüht hatte, aus dem Gebäude gebracht. Ziegelmüller wurde mit dem Krankenwagen ins nahe Krankenhaus Lauingen gebracht und anschließend in eine Spezialklinik nach Ludwigshafen geflogen. Dort starb er am nächsten Morgen.

Die Radioaktivität

RWE und Bayernwerk als Betreiber und das bayerische Umweltministerium als Aufsichtsbehörde legten Wert darauf, dass Radioaktivität bei dem Unfall keine Rolle gespielt habe. Der technische Leiter des AKW, Reinhardt Ettemeyer, sprach von einem „ganz konventionellen Unfall“. Und der damalige Umweltminister Max Streibl berichtete zwei Jahre später dem Landtag: „Die Radioaktivität hatte keinen Anteil an der Todesursache.“ Das Wasserdampf-Wasser-Gemisch sei nur schwach radioaktiv gewesen.

Tatsächlich lag die Strahlenbelastung in dem Armaturenraum schon ohne den ausströmenden Dampf bei 3 bis 5 Millisievert (mSv) pro Stunde, an der Rohrleitung selbst bei 10 mSv pro Stunde. Die zulässige jährliche Strahlenbelastung für AKW-Beschäftigte lag damals bei 50 mSv pro Jahr (heute sind es 20 mSv pro Jahr). Trotz der früh abgegebenen Erklärung, die Todesfälle hätten nichts mit der Strahlung zu tun, wurde bei der Bergung der Toten schwerer Atemschutz eingesetzt. Sowohl bei der Versorgung des Verletzten als auch beim Transport der Toten gab es Strahlenschutzmaßnahmen.

Die Leichen

Anders als bei einem konventionellen Betriebsunfall transportierte man die Leichen zur Obduktion nach München in die Strahlenschutzabteilung des Schwabinger Krankenhauses. Den beiden Männern wurden Hautteile, mehrere Organteile und ganze Organe entnommen und zur radiologischen Untersuchung zur Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) geschickt. Die Ergebnisse blieben lange Zeit unter Verschluss.

Die Leichen wurden ohne die entnommenen Teile in Zinksärge eingelötet und zur Beerdigung freigegeben. Eine Dekontamination wäre

aufgrund der Hautverbrennungen sehr schwierig gewesen, wie ein Beamter im zuständigen Bundesinnenministerium festhielt. Die Trauerfeier für Otto Huber und Josef Ziegelmüller fand am 25. November 1975 in Lauingen statt. Nach den Gräbern der beiden Männer sucht man auf dem alten Friedhof in Lauingen heute vergebens. Auch in den neuen wurden sie offensichtlich nicht umgebettet. Man ist anscheinlich noch bemüht, buchstäblich Gras über die Sache wachsen zu lassen.

Nicht an die Öffentlichkeit gelangt ist auch eine Aussage des obduzierenden Arztes Dr. Czepiel, wonach „die beiden Unfallopfer in größerem Umfang als aus den Zeitungen und den Berichten des Landes Bayern ersichtlich gewesen ist, radioaktiv kontaminiert gewesen sind“. Nach seiner Auffassung hat Huber eine Strahlendosis von 100 mSv erhalten – das Doppelte der damals und das Fünffache der heute zulässigen Jahresdosis für AKW-Beschäftigte. Ein leitender Beamter des Bundesinnenministeriums folgerte, „dass die radiologische Bedeutungslosigkeit des Unfalls nicht weiter in den Vordergrund gerückt werden kann“. Genau das wurde sie aber weiterhin.

Die Toten und die Asse

Nach einem Bericht der Zeitschrift Stern lieferte das GSF – mittlerweile unter dem Namen Helmholtz-Zentrum München – 2009 zwei Blechkisten mit den eingeäscherten Leichenteilen in die Asse in Niedersachsen. Laut einem Sprecher des Zentrums, das die Asse bis 2008 betrieb, wurden die Leichenteile zuvor als „klinischer Abfall“ im Kernforschungszentrum Karlsruhe verbrannt. Die Asche landete schließlich in dem maroden Salzbergwerk. Wo genau, kann wegen unzureichender Dokumentation niemand sagen.

Der Prozess

Noch in den 1970er Jahren hatte der Unfall auch ein gerichtliches Nachspiel. In letzter Instanz sprach die Große Strafkammer des Landgerichts Augsburg fünf AKW-Mitarbeiter mit einer bemerkenswerten Begründung frei: Das Gericht müsse, da sich die Unfallursache nicht einwandfrei klären lasse, die für die Angeklagten günstigste Variante wählen. Die beiden Getöteten hätten vermutlich den Schieber mit einem Handrad eigenmächtig geöffnet. Die andere wahrscheinliche Möglichkeit, dass der aus der Kraftwerkswarte gesteuerte Schieber nicht ganz geschlossen war, sei nicht eindeutig

nachweisbar. Das liege auch daran, dass die Strafverfolgungsbehörde die Unfallstelle erst nach sieben Stunden habe besichtigen können, kritisierte der Vorsitzende Richter Rudolf Kempter. Der getötete Schlosser sei weggebracht worden, ehe die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit eines Augenscheins hatte. Zu den Merkwürdigkeiten des Prozesses gehörte, dass es keine Nebenkläger*innen gab. Bis heute halten sich Gerüchte, wonach an die Witwen „Schweigegeld“ geflossen sei.

Das Ende

Der 13. Januar 1977 besiegelte dann nach nur 11 Jahren Laufzeit überraschend das Schicksal des Gundremminger Reaktors. Zwei witterungsbedingte Kurzschlüsse in Hochspannungsleitungen führten zur Abtrennung des AKW vom Netz und zogen eine Überflutung des Reaktorgebäudes mit radioaktivem Kühlwasser nach sich. Die Reparaturen und notwendigen Nachrüstungen hätten geschätzte 250 Millionen DM gekostet. Drei Jahre nach diesem Totalschaden und fünf Jahre nach dem tödlichen Unfall beschlossen RWE und Bayernwerk 1980 die endgültige Stilllegung von Block A und trieben stattdessen den Bau der zwei neuen Blöcke B und C voran. Diese sind heute ebenfalls stillgelegt.

Karl Amannsberger

Die Langversion dieses Artikels erschien zuerst in der MUH58.

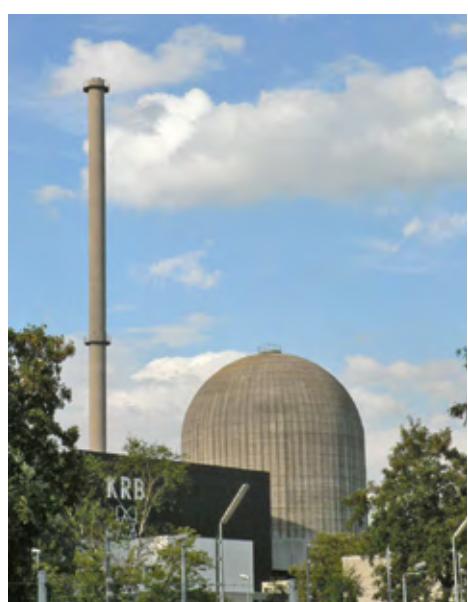


Foto: Michael Meding, Factor X / Wikimedia

Gundremmingen A: die Betonhülle steht noch, der Reaktor ist schon rückgebaut



Foto: distelAPPArath / Pixabay

Wie Atomkraft dem Klimaschutz schadet

Fragen & Antworten | Atomkraft verschärft die Klimakrise, weil das Festhalten an der teuren Hochrisikotechnologie die erneuerbaren Energien und den nötigen Umbau der Energieversorgung ausbremst. Ein paar Fakten



Ist Atomkraft der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele?

Nein. Die gut 400 Atomreaktoren weltweit decken etwa zwei Prozent des globalen Endenergieverbrauchs (inklusive Wärme und Verkehr) – Tendenz sinkend. Um nennenswert CO₂ einzusparen, müssten Tausende neue AKW in wenigen Jahren gebaut werden. Selbst die 2023 auf der Klimakonferenz COP28 angekündigte Verdreifachung der Atomstromproduktion würde für das Klima keinen Unterschied machen, käme viel zu spät und ist ohnehin nicht umsetzbar.¹ Erneuerbare dagegen decken bereits mehr als 15 Prozent des Endenergieverbrauchs und fast ein Drittel des weltweiten Strombedarfs – mit deutlich steigender Tendenz.²



Warum bleiben die CO₂-Emissionen mit Atomkraft noch lange hoch?

Für wirksamen Klimaschutz zählen nicht nur die CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde. Entscheidend ist vor allem, wie schnell und wie viele Emissionen eingespart werden – und zu welchen Kosten:

- **Wie schnell?** Große Solar- oder Windparks sparen schon nach wenigen Jahren viel CO₂ ein. Bis ein neues Atomkraftwerk gebaut ist, dauert es zehn Jahre und mehr, die für den Klimaschutz verloren sind. Von der Planung bis zur Inbetriebnahme vergehen leicht 20 Jahre. Kostenexplosionen und teils immense Verzögerungen sind die Regel – und viele geplante AKW werden entweder nie gebaut oder gehen nicht in Betrieb.
- **Wie viel?** Für einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz müssten sehr viel mehr AKW gebaut werden, als es Fertigungskapazitäten, Fachkräfte und Finanzen zulassen. Währenddessen decken Erneuerbare bereits ein Drittel des weltweiten Strombedarfs – mehr als dreimal so viel wie AKW – und wachsen schnell weiter. 2025 machten Erneuerbare mehr als 90 Prozent der neu zugebauten Kapazitäten aus.
- **Zu welchen Kosten?** Für neue AKW und Laufzeitverlängerungen braucht es immer Subventionen oder staatliche Garantien. Während Erneuerbare die günstigste Art der Stromerzeugung geworden sind, ist Atomkraft die teuerste.

1 Bulletin of the Atomic Scientists 2023.

2 Energy Institute 2025 und Smil 2017; eigene Umrechnungen in Endenergieverbrauch.

3 IEA 2025.

4 EU-Energiekommissariat, AIT, Borderstep und EY 2025.

5 World Nuclear Industry Status Report 2019, S. 245.

6 Greenpeace 2014.

7 OECD 2022.

Den Klimaschutz schiebt die Atomlobby nur vor. Atomdiskussionen gehen auf Kosten der Energiewende, denn sie ziehen Zeit, Aufmerksamkeit und Mittel von den Erneuerbaren ab.



Könnte Atomkraft eine sinnvolle Ergänzung zu Erneuerbaren sein?

Nein. Ein modernes Stromnetz ist flexibel und dezentral: Wind- und Solaranlagen liefern einen Großteil der Energie, Schwankungen werden durch intelligente Steuerung von Stromproduktion, Stromnachfrage und Speichern ausgeglichen.

AKW sind unflexibel und daher gleich in doppelter Hinsicht inkompaktibel mit Erneuerbaren:

- Wenn Wind und Sonne einmal nicht ausreichen, den kurzfristigen Bedarf zu decken, sind AKW viel zu träge, um schnell einzuspringen.
- Wenn Erneuerbare dagegen besonders viel günstigen Strom liefern können, verstopfen die unflexiblen AKW das Netz.

Debatten um einen (Wieder-)Einstieg in die Atomkraft machen Investitionen in Erneuerbare weniger sicher und damit teurer und unattraktiver. Wer auf AKW setzt, verschenkt so ausgerechnet das Potenzial der günstigsten und klimafreundlichsten Energiequellen.



Wäre es besser gewesen, zuerst alle Kohlekraftwerke abzuschalten?

Nein. Der von der Anti-Atom-Bewegung in Gang gesetzte Ausbau der erneuerbaren Energien hat auch die fossilen Energien zurückgedrängt. Unterm Strich war der Rückgang bei der Kohle sogar größer als bei der Atomkraft. Zugleich war und ist es richtig, die unflexibelsten Kraftwerke zuerst vom Netz zu nehmen. Bei den einigermaßen flexiblen Kohlekraftwerken sorgen schon die hohen CO₂-Kosten dafür, dass diese nur noch als Ergänzung und Reserve fungieren, bis Erneuerbare und Speicher sie ersetzt haben.

Tatsächlich war der Atomausstieg ein Booster für die Energiewende und für den Kohleausstieg. Schon in den ersten 366 Tagen nach Abschaltung der letzten AKW hat das Plus bei den erneuerbaren Energien den weggefallenen Atomstrom komplett ersetzt. Gleichzeitig sank die Stromerzeugung aus Steinkohle um fast die Hälfte, die Braunkohleverstromung um fast ein Drittel. In solchem Tempo ist auch der Kohleausstieg nicht mehr weit.



Ist Atomkraft notwendig für Rechenzentren und KI?

Nein. Obwohl der Energiebedarf von Rechenzentren insbesondere durch KI stark wächst, bleibt er überschaubar: Die internationale Energieagentur IEA prognostiziert einen Anstieg auf 700 bis 1250 Terawattstunden bis 2030 – das sind 2-4 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs.³

Trotz medienwirksamer Atomkraftdeals von US-Tech-Konzernen setzen auch Amazon, Microsoft und Meta vor allem auf Strom aus erneuerbaren Quellen und treiben den Ausbau von Wind- und Solarenergie voran. Die

Behauptung, Rechenzentren bräuchten Atomkraft, ist ein Mythos – widerlegt durch die Praxis. EU-weit decken Rechenzentren im Schnitt bereits 86 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien.⁴ In manchen europäischen Ländern sind Rechenzentren schon heute vollständig grün. Atomkraft ist dafür weder technisch noch energetisch notwendig – sie dient in dieser Debatte vor allem als Vorwand, um den Ausbau von Wind- und Solarenergie zu bremsen.



Ist es sinnvoll, die Laufzeiten bestehender AKW zu verlängern?

Nein. Auch Laufzeitverlängerungen verzögern die Energiewende und sind damit klimapolitisch kontraproduktiv. Die Milliarden, die es kostet, Uraltmüller mit Nachrüstungen notdürftig am Laufen zu halten, sparen mehr CO₂ ein, wenn man sie für den Ausbau von Wind- und Solarenergie und Speichern einsetzt – und das auch noch schneller, günstiger und ohne Atommüll und unkalkulierbare Risiken.⁵

Weitere Gründe sprechen gegen Laufzeitverlängerungen:

- Laufzeitverlängerungen erfordern teure Nachrüstungen, Reparaturen und produzieren zusätzlichen Atommüll.
- Mit zunehmendem Alter eines AKW steigt die Gefahr schwerer Unfälle.⁶ Jahrzehntealte AKW können auch mit Nachrüstungen heutige Sicherheitsstandards nicht erfüllen.
- Ältere AKW fallen häufig und länger aus – fossile Kraftwerke, die dann einspringen, erhöhen den CO₂-Ausstoß.
- Alte AKW sind besonders unflexibel.



Wie zuverlässig ist Atomkraft in der Klimakrise?

Wenig. Extremwetterereignisse und der steigende Meeresspiegel wirken sich negativ auf die Zuverlässigkeit von AKW aus, denn sie können sich nur begrenzt an Hitze, Dürre oder Hochwasser anpassen. Statt die Versorgungssicherheit zu erhöhen, machen sie das Energiesystem anfällig⁷:

- Viele Reaktoren brauchen **Flusswasser zur Kühlung**. Aufgrund des Klimawandels führen Flüsse im Sommer oft weniger Wasser und erwärmen sich stärker. Damit sie nicht zu warm werden – wichtig etwa für das Überleben der Fische –, müssen AKW gedrosselt oder abgeschaltet werden: In den letzten Jahren mussten in Frankreich immer wieder Reaktoren vom Netz.
- Der **Meeresspiegelanstieg** bedroht küstennahe AKW und den dort gelagerten Atommüll, das Unfallrisiko steigt.



Warum behaupten so viele, dass wir Atomkraft brauchen?

Die Atomlobby arbeitet seit einigen Jahren mit massiven PR-Kampagnen daran, der Atomkraft ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Dies trifft bei vielen Menschen einen Nerv. Zugleich werden erneuerbare Energien und die Dynamik ihres Ausbaus noch immer unterschätzt, für Speichertechnologien gilt dasselbe.

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.

Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

40 JAHRE TSCHERNOBYL, 15 JAHRE FUKUSHIMA

NEU Mahnwachenplakat Fukushima 2026

DIN A3, zum Download und Selbstausdrucken – M-310-59



NEU Mahnwachenplakat Tschernobyl 2026

DIN A3, zum Download und Selbstausdrucken – M-310-60

NEU Unterschriftenliste „Keine EU-Subventionen für Atomkraft“

DIN A4, zweiseitig – M-323-01



Japanischer Button
„Atomkraft? Nein danke“
Nadel-Button, Ø 32 mm – V-300-02

Schweizer AKW abschalten

Plakat „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“

DIN A3 – M-322-02

Aufkleber „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten“

Ø 11 cm – M-322-01

FAQ „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten!“

DIN A5, vierseitig – M-322-03

NEU Luftballon „Heimat schützen – Schweizer AKW abschalten“

Naturkautschuk – M-322-06



NEU Wahlkampf-Aktionspaket „Heimat schützen – Schweizer AKW abschalten“

Mitmach-Aktion zur Landtagswahl in Baden-Württemberg. Enthält 5 x Aktions-Luftballon, 5 x Wahlkampfforderungen, je 1 x Aktionsanleitung, Plakat, Aufkleber, FAQ und .ausgestrahlt-Magazin Nr. 64 (Schwerpunkt: Gefahr durch Schweizer AKW)

Aktionspaket – M-123-59

! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de



**Erinnern heißt handeln:
Schluss mit Atomkraft in Europa!**



ausgestrahlt.de/ausgeplaene-jahrestage

.ausgestrahlt
Materialien & Aktionen

NEU A3-Plakat „Erinnern heißt handeln“

DIN A3 – M-310-61

Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“

Wetterfest, Ø 5 cm – M-123-05



Fahnen „Atomkraft? Nein danke“

Setze ein Zeichen, lass die Anti-Atom-Sonne wehen! Wetterfest.

Für Fahrräder, Fenster, Türen und Balkongeländer ebenso wie für Mahnwachen, Demos und Aktionen ...

Klein, 38 x 30 cm – V-123-07

Groß, 90 x 60 cm – V-123-09



Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!

Aufkleber „Atommüll-Transporte stoppen!“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-302-58

Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55

Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einsticken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

A3, einseitig – M-302-56

.ausgestrahlt



Flyer „.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“

Du willst Freund*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Faltblatt liefert gute Argumente!

DIN lang, sechsseitig – M-222-01

NEU .ausgestrahlt-Magazin Nr. 66

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-66



Poker um Putin

Analyse | Eine deutsche Atomfabrik will mit dem Kreml-Konzern Rosatom kooperieren. Die Politik traut sich seit vier Jahren nicht, die Genehmigung zu versagen. Was ist da los?

Nun soll es doch Christian Meyer tun. Der grüne niedersächsische Umweltminister soll entscheiden. Beziehungsweise Ja sagen zum Einstieg von Rosatom in die Brennelementefertigung in Lingen. Er soll der beantragten Erweiterung der Atomanlage stattgeben, auf dass dort schon bald Rosatom-Bauteile und Rosatom-Brennstäbe auf Rosatom-Maschinen zu Rosatom-Brennlementen zusammengefügt werden. Die dann wiederum, als angeblich unabhängig von Rosatom gefertigte Produkte, an osteuropäische AKW verkauft werden sollen, wobei Rosatom selbstverständlich am Erlös beteiligt ist. So wird, nach allem, was man hört, die Empfehlung des Bundesumweltministeriums (BMUKN) lauten, die es Meyer in dieser Sache demnächst zustellen will.

Rosatom ist die direkt dem Kreml unterstellte russische Atombehörde, ein zivil-militärischer, staatlicher Mega-Technologiekonzern, der von Atomraketen über Atom-U-Boote bis zu Atomkraftwerken und Atombrennstoffen alles baut und liefert, was Putin wünscht. Den Krieg des Kreml-Herrschers gegen die Ukraine unterstützt Rosatom mit eigenem Personal.

Geheimdienste und Lobbyfirmen

Deutsche Geheimdienste warnen seit Jahren mit wachsender Besorgnis vor Einflussnahme und Zugriff des Kreml auf Energieversorgung und kritische Betriebe, vor Spionage und Sabotage. Ein Rechtsgutachten im Auftrag des BMUKN zeigt auf, wie diese Argumente zum Versagen der Genehmigung genutzt werden können. „Eine Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom ist aus Sicht des BMUKN der falsche Weg“, so ein Sprecher. Indes, es traut sich niemand, Nein zu sagen.

Framatome und seine Tochter ANF, die die Atomfabrik in Lingen betreibt, haben in den vergangenen Jahren nach allen Regeln der Kunst für das Projekt lobbyiert. Die Beratungsfirma Berlin Global Advisors führte in ihrem Auftrag verschiedene Gespräche mit der Bundesregierung. Als die Grünen im Dezember 2025 im Bundestag den Antrag stellen, die Genehmigung zu versagen, sofern Sicherheitsrisiken nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden können, lehnen sowohl Union als auch SPD, AfD und Linke den Antrag ab.

Inzwischen ist das umstrittene Vorhaben Thema auf höchster politischer Ebene geworden – zwischen Bundeskanzler Friedrich Merz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Der befürwortet die Kooperation mit Rosatom – weil sie seinem Staatskonzern Framatome nützt.

Rückendeckung fürs Versagensemessen?

Formell muss Meyer über den Genehmigungsantrag entscheiden. In der Vergangenheit hat er sich mehrfach kritisch über das Projekt geäußert. Dem Rechtsgutachten zufolge haben die Behörden ein Versagensemessen: Kann eine Gefährdung nicht eindeutig ausgeschlossen werden, besteht die Möglichkeit, die Genehmigung zu verweigern. Meyer hat deshalb eine neue Einschätzung der Sicherheitsbehörden beim Bundesumweltministerium (BMUKN) angefordert.

Allerdings dürfen sicherheitspolitische Argumente – etwa die Beteiligung Rosatoms am Krieg gegen die Ukraine – nach Atomgesetz nur



Foto: Lars Hoff

indirekt eine Rolle spielen. Größer würde der Handlungsspielraum, wenn auch der Atomsektor von der EU sanktioniert würde. Das aber hat Frankreich bislang verhindert.

Die Frage dürfte also vor allem sein, ob Meyer am Ende ausreichend Rückendeckung bekommt, die Empfehlung des Bundes in den Wind zu schlagen und das Versagensemessen zu nutzen – notfalls mit dem Risiko einer Klage. Wirtschaftlich wird das Vorhaben für ANF uninteressanter, je länger sich eine Genehmigung hinzieht.

Stand Anfang Februar holt das BMUKN noch Stellungnahmen anderer Ministerien zum ANF-Antrag ein. Dem Vernehmen nach hat es zudem in einem unter Verschluss stehenden Gutachten untersuchen lassen, inwiefern bösartige Manipulationen an Brennstäben mithilfe von Scannern entdeckt werden könnten – Fragen, wie sie bei anderen Kooperationspartnern als Rosatom wohl kaum erörtert würden.

Unklar ist, ob das BMUKN Meyer tatsächlich freie Hand lässt, oder ob es sich den Entwurf seiner Entscheidung nochmals vorlegen lässt – gegebenenfalls auch, um ihn zu ändern. Denkbar wäre schließlich noch, dass es bei dem Gespräch zwischen Merz und Macron eine interne Vereinbarung gab, wie das Verfahren ausgehen soll, und das Bundeskanzleramt diese über das BMUKN durchzusetzen versucht – ohne sich an dem Deal mit Putin selbst die Hände schmutzig zu machen.



28. Oktober, Hamburg: Unüberhörbare Warnsignale an die Deutsch-Schweizerische Atomkommission

Fotos: Bente Stachowske

Alphorn-Alarm an der Alster

Käme es in einem der grenznahen Schweizer Uralt-AKW zu einem Atomunfall, wäre Deutschland stärker betroffen als die Schweiz selbst. Mit zwei Alphörnern schlägt .ausgestrahlt zusammen mit Partnerorganisationen aus beiden Ländern deswegen Alarm bei der Sitzung der Deutsch-Schweizerischen Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DSK) am 28. Oktober in Hamburg. Dem Leiter der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium und seinen Kolleg*innen aus Baden-Württemberg und Bayern übergeben sie einen ganzen Katalog kritischer Fragen zu Sicherheitsproblemen der Schweizer AKW. Die klare Forderung: Die deutschen Behörden müssen bei den Eidgenoss*innen umfassende Antworten einfordern – und sich entschieden für die schnelle Abschaltung der grenznahen Risiko-Reaktoren einsetzen.

Ende 2025 legen Bundesregierung und baden-württembergische Landesregierung eine formelle Beschwerde beim Espoo-Komitee ein. Grund ist die Weigerung der Schweiz, für die Laufzeitverlängerung

des direkt an der Grenze gelegenen AKW Leibstadt eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Eine solche müsste auch die Sicherheitsrisiken des AKW-Betriebs diskutieren – eine der Forderungen von .ausgestrahlt, die bereits mehr als 41.000 Menschen unterstützen. Gemäß der Espoo-Konvention, die beide Länder ratifiziert haben, muss nun eine dreiköpfige Schiedskommission über die Streitfrage entscheiden.

Als Reaktion auf die von .ausgestrahlt maßgeblich mitverfasste Studie zu den Auswirkungen eines Atomunfalls in einem Schweizer AKW verabschiedet der Gemeinderat von Freiburg i. B. im November eine Resolution an die Landesregierung. Die Ergebnisse der Studie stellt .ausgestrahlt auch bei einem Treffen der Bürgermeister*innen der Region Freiburg sowie bei mehreren Veranstaltungen an anderen Orten vor und macht – mit Deiner Hilfe – die Atomgefahr im baden-württembergischen Landtagswahlkampf zum Thema. [Seite 14/15](#) und ausgestrahlt.de/schweiz



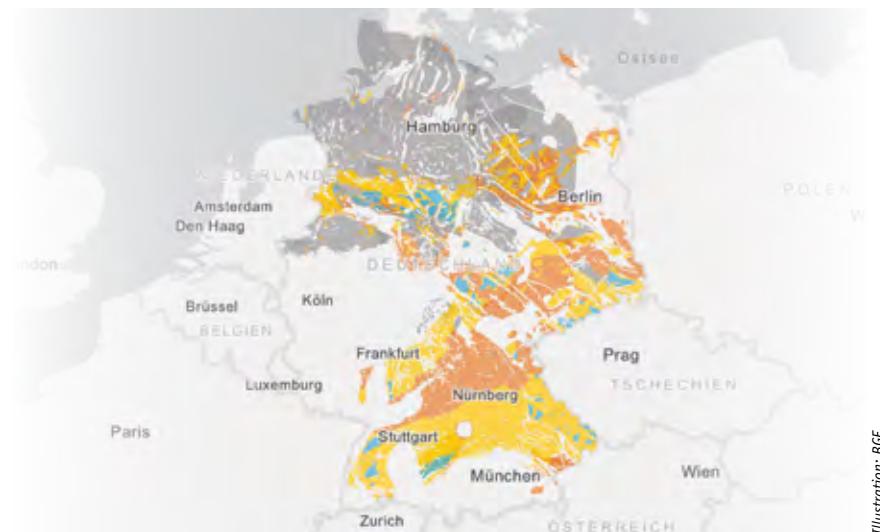
Zwischenlager statt Transporte!

Den symbolischen Grundstein für ein Zwischenlager am Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München legt .ausgestrahlt gemeinsam mit Umweltorganisationen wie dem Umweltinstitut München, Greenpeace und BUND am 9. Oktober. Der Protest richtet sich gegen die geplanten Transporte von hoch angereichertem, waffenfähigen Uran aus dem Reaktor ins Zwischenlager Ahaus – eines der unsichersten in ganz Deutschland. .ausgestrahlt fordert, dass die Technische Universität München ihren hochgefährlichen Strahlenmüll vor Ort abreichert und sicher lagert, bis er in ein sogenanntes Endlager gebracht werden kann.



Foto: Timo GrafertG

Beteiligung bleibt Feigenblatt



Ob die weißen, gelben und orangefarbenen Gebiete zu recht ausgeschieden sind, kann niemand überprüfen

Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche bleibt eine Farce. Anfang November schließt die Bundesgesellschaft für Endlagerung weitere Gebiete de facto aus. .ausgestrahlt kritisiert erneut, dass die Öffentlichkeit Arbeitsstände und Entscheidungen weder überprüfen noch beeinflussen kann. Für die Sicherheit und Akzeptanz eines künftigen Atommüll-Endlagers sind Transparenz und echte Partizipation aber unverzichtbar.

Wie wenig ernst es Politik und Institutionen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung meinen, zeigt auch die Neubesetzung des Nationalen Begleitgremiums (NBG) im Dezember. Das Gremium soll stellvertretend für die Bürger*innen das Suchverfahren überwachen – doch sechs der zwölf nun bestätigten Mitglieder sind (ehemalige) Politiker*innen, nur eine Person vertritt ausdrücklich die Bürger*innen. .ausgestrahlt warnt: Wenn auch Standortentscheidungen nach politischen Kriterien gefällt werden, steht das Verfahren bald vor einem Scherbenhaufen.

Brisante Behälter

Ein weiteres durchgerostetes Atommüllfass – dieses Mal in Biblis – wird Ende November entdeckt. .ausgestrahlt kritisiert: Die Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sind seit Jahren in einem untragbaren Zustand. Schon 2014 dokumentierte das Magazin Panorama 3 fast 2.000 beschädigte Fässer an 17 Standorten. Dennoch sprechen die Behörden weiterhin von „Einzelfällen“. Angesichts der lang bekannten Probleme ist es ein Skandal, dass Lagerbedingungen und Sicherheitsmaßnahmen noch immer nicht ausreichend angepasst wurden. Wann der Atommüll in einem Endlager landet, ist angesichts der vielen Probleme in Schacht Konrad völlig offen.



Foto: Ministerium für Justiz Schleswig-Holstein

Win-win-win mit .ausgestrahlt

Mehr als 3.500 Menschen unterstützen .ausgestrahlt als Förder*innen mit einer regelmäßigen Spende. .ausgestrahlt gewinnt dadurch Planungssicherheit, die Anti-Atom-Arbeit an Schwung. Und auch die Förder*innen gewinnen: Unter allen neu hinzugekommenen und jenen, die ihren Beitrag erhöht haben, hat die .ausgestrahlt-Glücksfee ein Dutzend Gutscheine und Geschenke verlost, die von Sponsoren zur Verfügung gestellt wurden. Alle Gewinner*innen sind benachrichtigt. Danke!

Durchgerostetes Fass aus dem AKW Brunsbüttel, 2012



„Ich unterstütze ausgestrahlt, weil die Gefahren der Atomenergie uns und unserer Kinder noch lange beschäftigen werden. Da brauchen wir starken Zusammenhalt, voller Mut und Engagement!“

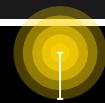
Michael Horling, Bremen



Foto: privat

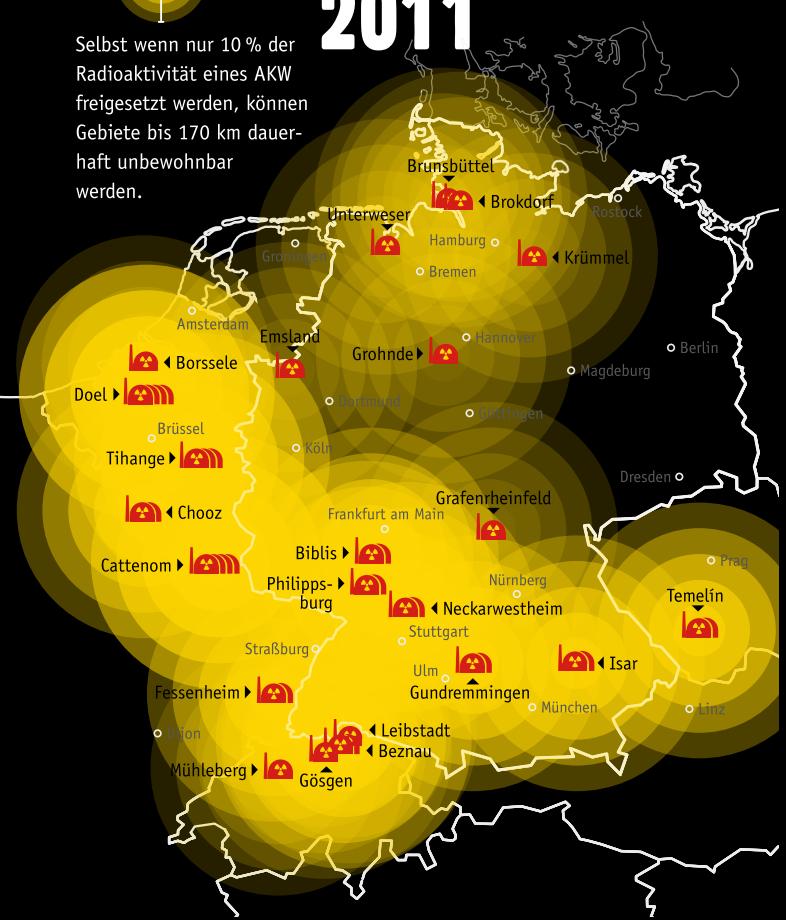
Atomrisiko abgeschaltet

Infografik | Das Abschalten von AKW in Deutschland und den Nachbarländern nach Fukushima hat das Atomrisiko drastisch reduziert. Gefahr droht vor allem noch von Süden und Westen



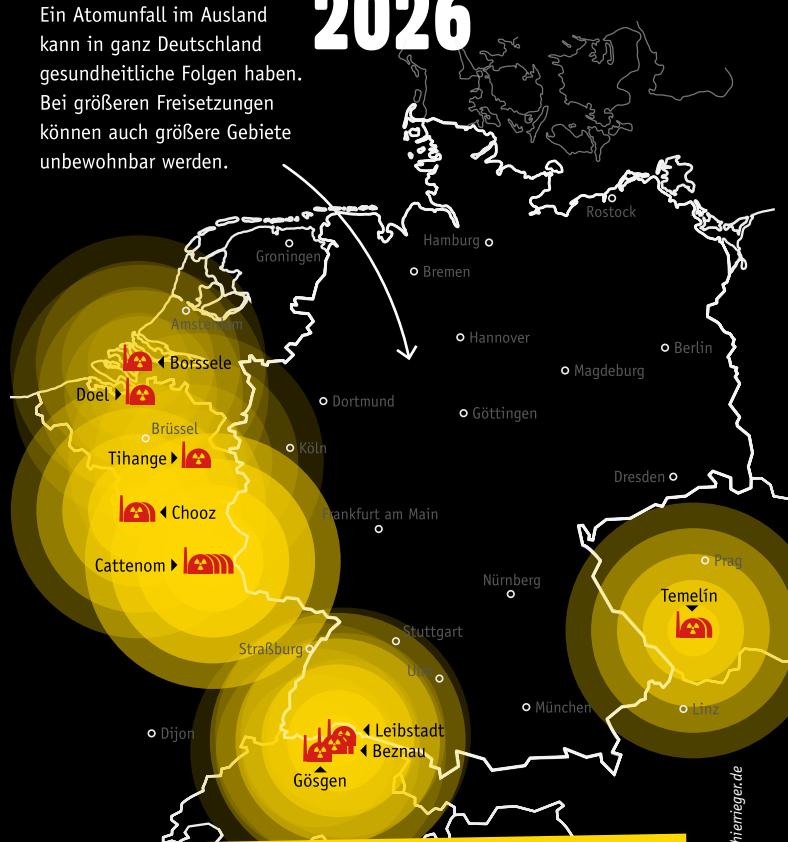
2011

Selbst wenn nur 10 % der Radioaktivität eines AKW freigesetzt werden, können Gebiete bis 170 km dauerhaft unbewohnbar werden.



2026

Ein Atomunfall im Ausland kann in ganz Deutschland gesundheitliche Folgen haben. Bei größeren Freisetzungen können auch größere Gebiete unbewohnbar werden.



.ausgestrahlt fordert:

- Atomkraftwerke abschalten – europaweit
- Keine EU-Subventionen für Atomkraft
- Volle Haftpflicht für alle noch laufenden Reaktoren